

Mitteilung Nr. MIT-		/ (wird von 00 eingetragen)	
zur Anfrage nach § 36 a GStVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:		FS - 4/2013 Paul Bödeker und Thorsten Raschen CDU 04.11.2013 Steuerung der Besoldungs- und Versorgungs-kosten	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0	

I. Die Anfrage lautet:

Durch eine Pressemitteilung der GdP am 28.10.2013 ist bekannt geworden, dass der Senat plant, wesentliche Bereiche der Bremerhavener Personalverwaltung für die Polizei, die Lehrkräfte und die Pensionäre zu entziehen und dem Eigenbetrieb des Landes Bremen Performa Nord zu übertragen. Bei diesem Personenkreis handelt es sich ausschließlich um Beschäftigte des Magistrat der Stadt Bremerhaven deren Personalkosten durch das Land erstattet werden. Es ist daher zu befürchten, dass durch diese Hintertür von Rot/Grün die Landespolizei und Landeslehrer eingeführt werden sollen und Bremerhaven in seinen kommunalen Rechten drastisch beschnitten wird. Gleichzeitig soll die Personalhoheit unseres kommunalen Krankenhauses auf Performa Nord übertragen werden, während das Land Bremen sich nur sehr eingeschränkt um seine Verpflichtung zur Krankenhausfinanzierung kümmert.

Lt. Vorlage (Vorlagedatum 14.10.2013) wurde der Sachverhalt „... mit dem Magistrat Bremerhaven erörtert.“

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurde die Problematik vor der Sitzung des Senats am 15.10.2013 in einer Magistratssitzung erörtert bzw. in welchem Dezernat wurde das Thema erörtert?
2. Zu welchem Zeitpunkt werden die Stadtverordnetenversammlung und die Mitbestimmung der Personalräte an diesen Überlegungen beteiligt?

II. Der Magistrat hat am beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Der Magistrat hat die Problematik in seiner Sitzung am 6. November 2013 erörtert. Zuvor fand ein Meinungsaustausch auf der Arbeitsebene statt, an dem Mitarbeiter des Dezernats I beteiligt waren.

Zu 2.:

Der konkrete Zeitpunkt ist noch offen.

Grantz
Oberbürgermeister